

Über das politische Elend in Österreich

Die Nationalratswahlen 2013 spiegeln die verworrenen österreichischen Verhältnisse auf verworrene Weise wider. In der Regierungskoalition von SPÖ und ÖVP spiegeln sich die Klassenverhältnisse wider, die SPÖ hat zwar den Bundeskanzler, regieren tut jedoch die ÖVP, weil das Kapital hat die Macht und die Sozialdemokratie ist im Zustand der Ohnmacht.

Links das Ergebnis der Wahlen vom 29.9., rechts: das Ergebnis inklusive der Nicht- und Ungültigwähler

Endergebnis NRW 2013

Partei	2013	2008	plus/minus
SPÖ	26,82%	29,26%	-2,44%
ÖVP	23,99%	25,98%	-1,99%
FPÖ	20,51%	17,54%	2,97%
GRÜNE	12,42%	10,43%	1,98%
Stronach	5,73%	0,00%	5,73%
Neos	4,96%	0,00%	4,96%
BZÖ	3,53%	10,70%	-7,17%
KPÖ	1,03%	0,76%	0,26%
Piraten	0,77%	0,00%	0,77%
DC	0,14%	0,64%	-0,49%
sonstige	0,11%	4,69%	-4,58%

Prozentverteilung inklusive Nichtwähler

Partei	2013	2008	plus/minus
SPÖ	19,71%	22,58%	-2,87%
ÖVP	17,63%	20,05%	-2,41%
FPÖ	15,07%	13,53%	1,54%
GRÜNE	9,13%	8,05%	1,07%
Stronach	4,21%	0,00%	4,21%
Neos	3,65%	0,00%	3,65%
BZÖ	2,60%	8,26%	-5,66%
KPÖ	0,75%	0,59%	0,16%
Piraten	0,57%	0,00%	0,57%
DC	0,10%	0,49%	-0,39%
sonstige	0,08%	3,62%	-3,54%
Nichtwähler	26,49%	22,83%	3,66%

Die **Nichtwähler** sind eindeutig die stärkste "Partei", Wahlverlierer sind die Regierungsparteien und die sowieso zur Selbstliquidation heranstehende ehemalige Haider-Partei BZÖ, die ohne ihren Jörg zwei Drittel der Stimmen von 2008 einbüßte.

Die **Neos** haben die zwei Prozent Stimmen des Liberalen Forums von 2008 geerbt und sind genauso eine Art Protestpartei wie das "**Team Stronach**", nur ist die letztere Gruppierung deutlich skurriler und arbeitete schon während des Wahlkampfes an seiner Selbstbeseitigung und setzt anscheinend diese nun zielstrebig fort.

Die **ÖVP** verlor weniger stark als die SPÖ. Zwar ist die ÖVP weit überwiegend die Interessensvertretung der Banken, Konzerne und Multimillionäre, aber es fällt von ihrer Seite auch noch etwas Kleinmist an die Kleinbourgeoisie ab, auch manche Leute, die noch gar keinen Millionenbesitz haben, fürchteten sich möglicherweise vor der von der SPÖ geforderten Millionärssteuer.

Die **FPÖ** gewann weniger als zu befürchten war, weil Vater Stronach dem Strache Wähler abknöpfte, die sich nach Hilfe und Behütung sehnten. Und die frühere Verwicklung der FPÖ in diverse Skandale hat sicherlich der Partei auch nicht geholfen. So erreichte die Partei bloß das viertbeste Ergebnis in ihrer Geschichte.

Bei den **Grünen** war das Ergebnis wie zu erwarten: sie gewinnen regelmäßig die Meinungsumfragen und bemühen sich ebenso regelmäßig, bessere Zugewinne zu verhindern. Denn sie sind nicht für die breite Masse der Menschen da, sondern nur für gut situierte Bildungsbürger mit Drang zum Geben von Almosen als Wähler und Randgruppen als Zielobjekte¹. Ich hab mir zum Beispiel die Ö1-Wahlsendungen angehört, wo den Kandidaten der diversen Parteien Fragen von Anrufern vorgelegt wurden. Bei der Grünen-Chefin Glawischnig hab ich mich bemüht, so zuzuhören, als wäre ich ein schlichter Werkstätiger, der unter seinen Arbeitsverhältnissen leidet, aber parteipolitisch wenig interessiert ist: was würde ich mir am Ende der Sendung als wesentliche Aussage gemerkt haben? Was hab ich mir auf diese Weise gemerkt: wir sollten wegen des Klimaschutzes nur zwei- oder dreimal pro Woche Fleisch essen. Das war eine klarverständliche Botschaft, die keine größeren Involvierungen ins politische Geschehen benötigte und mit großer Sicherheit Wähler verschuecht. Ich bin durchaus kein Fleischtiger, nicht jeden Tag Fleisch zu essen, ergibt sich aus meinen Lebensgewohnheiten. Aber eine politische Partei, die dumm genug ist, öffentlich Fleischverbote auszusprechen, kommt eben auf keine 15 %, weil Dreiviertel der Bevölkerung von dieser Partei gar nicht angesprochen oder abgeschreckt werden und von den restlichen 25 % hat man ja eh schon die Hälfte der Stimmen. In der KRONENZEITUNG wurde Glawischnig als "Bundeserziehungsbeauftragte" tituliert, das war eine treffende Charakterisierung. Aber erwachsene Menschen mögen das nicht so besonders, ständig erzogen zu werden, während ihre eigenen Interessen und Probleme womöglich überhaupt nicht wahrgenommen werden, denn was sich in der realen Arbeitswelt abspielt, davon haben die Grünen keine Ahnung, weil über drei Millionen unselbstständig Erwerbstätige sind keine Minderheit, um die man sich kümmern muss, darum existieren diese drei Millionen in der grünen Republik gar nicht.

Die **SPÖ** leidet zuerst einmal an den Folgen des Sieges des Kapitalismus im weltweiten Klassenkampf. Man mag der **Sowjetunion** nachsagen, was man will, aber **ihre bloße Existenz ermöglichte und sicherte durch Jahrzehnte in entwickelten Staaten des Westens die sogenannte soziale Marktwirtschaft, inklusive Sozialstaat**. Die Ausbeutung hatte aus Gründen der politischen Konkurrenz ein gewisses Limit, es ging nicht nur darum, Profite zu maximieren, man musste auch die Masse der arbeitenden Menschen im Kapitalismus ökonomisch und von

¹ Im PROFIL ironisierte einmal Rainer Nikowitz das grüne Spektrum der grünen Interessensvertretung mit "an Kindergartenelternabendem gemobbte bisexuelle Alleinerzieher mit Migrationshintergrund"

den Lebensumständen her zumindest einigermaßen integrieren. Ein Nebeneffekt dieser Systemkonkurrenz war es gewesen, dass die ökonomische Überlegung von Henry Ford, um seine am Fließband erzeugten Autos in möglichst großer Stückzahl zu verkaufen, müsse er seinen Arbeitern soviel zahlen, dass auch die sich einen FORD kaufen könnten und andere Betriebe wurden dadurch indirekt langsam zur Zahlung besserer Löhne angehalten, um den Markt allgemein zu vergrößern. Das hat funktioniert. **Der Kapitalismus erreichte durch bessere Einkommen einen ständig steigenden Käufermarkt und konnte mit mehr Produkten und mehr Rationalisierung mehr absetzen: der Lebensstandard im Westen stieg und der Kommunismus ging in Konkurs.**

Nun hatte man aber völlig freie Profithand, die Staaten wurden den Strategien und Plänen der Finanzwirtschaft untergeordnet, was fast widerstandslos gelang. Der Profit explodierte, diese Gelder waren längst viel zu viel, um noch in die Realwirtschaft investiert zu werden, zurzeit tendiert die Zahl der Finanzgeschäfte, die nicht den Bereich der Realwirtschaft betreffen, schon knapp gegen hundert Prozent, weil man sich dem Irrglauben hingibt, durch Spekulation auf steigende Kurse erzeugte Kurssteigerungen würden Werte schaffen. Werte werden jedoch immer noch ausschließlich durch menschliche Arbeit geschaffen.

Seinerzeit gab es die "Sozialistische Internationale", die den Widerstand gegen den Klassenkampf der Ausbeuterklasse gegen die arbeitenden Menschen durch einen Klassenkampf von unten organisieren sollte. Diese Internationale ist längst eine tote Leiche, der internationale Klassenkampf wird nur noch von oben nach unten geführt, innerhalb der Sozialdemokratie ist der Neoliberalismus fest verankert, man denke nur an Leute wie Blair, Schröder, Vranitzky und Klima, die willfährige Werkzeuge der herrschenden Klasse waren.

Aktuell bleiben daher der SPÖ als Wählerpublikum nur die traditionellen alten Wähler, die SPÖ wählen, weil sie noch aus der seinerzeitigen sozialdemokratischen Subkultur stammen und die Wähler, die sich der Hoffnung hingeben, dass die SPÖ vielleicht einen bremsenden Einfluss hat, damit es für die arbeitenden Menschen nicht noch schlimmer wird. Dass die Sozialdemokratie irgendwelche Reformen einleiten könnte, die für die große Masse der Menschen Vorteile brächte, daran glaubt so gut wie niemand mehr. Man weiß vielleicht noch, dass früher das Wort "Reform" die Bedeutung hatte, es würde etwas verbessert. Jetzt weiß man, "Reform" bedeutet, es wird für die arbeitenden Menschen schlechter, frühere Errungenschaften werden nun Schritt um Schritt entsorgt.

Wobei sich die SPÖ im Wahlkampf 2013 wieder entsprechend dumm benahm. Da hatte doch der Vorsitzende der Ausbeuterpartei, der Herr Vizekanzler Spindelegger unter anderem für sein Ziel, Bundeskanzler zu werden, die **Wahlforderung** aufgestellt, den **Zwölfstundentag** einzuführen. Den allgemeinen Zwölfstundentag hatte es in unseren Breiten letztmalig während des Zweiten Weltkrieges ab August 1944 gegeben.

Und was machte die SPÖ mit diesem aufgelegten Elfer? Sie schupfte ihn vorsichtig ins Torout, statt damit den Spindelegger durch Sonne und Mond zu schießen! Einfaches Beispiel: Im Jahre 2012 lag das österreichische Medianeinkommen² aus unselbständiger Erwerbstätigkeit etwa bei ca. 1.820 Euro im Monat, das sind netto etwa 1.316, bzw. bei 40-Stunden-Woche pro Stunde 7,6 Euro netto. Wenn es nun den 12-Stunden-Tag gäbe, der in den Betrieben nach Bedarf von der Betriebsführung verhängt werden kann, dann wird aus der 40-Stunden-Woche eine 60-Stunden-Woche (wie im 2. Weltkrieg ab August 1944) und da bei einem Zwölfstundentag die Überstunden erst bei der 13. Stunde anfangen, würden die 20 Zusatzstunden pro Woche nur 1:1 bezahlt, der Median-Bruttolohn stiege auf 2.730, das wären netto 1.780 und der Nettostundenlohn säne auf 6,80 Euro: also eine Erhöhung der Arbeitszeit um 50 Prozent und eine Nettostundenlohnkürzung um ca. zehn Prozent. Die Betriebe sparten sich monatlich 455 Euro Überstundenzuschläge und könnten massenhaft Arbeitsplätze abbauen. Die ÖVP als Interessensvertretung der Konzerne hätte es klarerweise gerne, dass es praktisch keine Obergrenze für die Arbeitszeit gäbe und die Lohnzahlungen heruntergedrückt würden, die Ausbeutung also ganz wesentlich verschärft würde. Und was macht die SPÖ? Statt die ÖVP deswegen am Nasenring vorzuführen, meint man ganz ruhig und sachlich und ganz bescheiden, nein, das will man dann doch lieber nicht.

Früher als die SPÖ noch eine Sozialdemokratische Partei und kein Kapitulanterverband war, da hätte die SPÖ auf das perverse Ansinnen, einen 12-Stunden-Tag einzuführen, so reagiert, dass der Begehrer nicht mehr gewusst hätte, wo hinten und vorne, oben und unten ist. Weil der Achtstundentag war eins der **elementarsten Ziele der Sozialdemokratie** gewesen, in Österreich wurde er nach dem Untergang der Monarchie errungen, als die Bourgeoise vor den rebellierenden Arbeitern zitterte. Aber jetzt zittert die Sozialdemokratie vor den Konzernen und würde vermutlich auch mit Zurückhaltung reagieren, wenn die Konzerne vorschlugen, nicht nur im Handel, sondern überall unbezahlte Überstunden einzuführen, weil sonst alle Produktionsbetriebe nach Bangladesch verlegt werden müssten.

Es gibt keine Interessensvertretung für die arbeitenden Menschen mehr

In der Arbeiterkammer sitzen noch Leute, die wissen, was zu tun wäre, auch in manchen Gewerkschaften existiert noch eine Erinnerung daran, wofür Gewerkschaften gegründet worden waren. Aber eine offensive Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen gibt es in Österreich³ nicht mehr.



² Medianeinkommen: die Hälfte der Leute verdient mehr, die Hälfte verdient weniger

³ doch, ein bisschen schon noch: die KPÖ in der Steiermark beschäftigt sich mit solchen Dingen

Die ÖVP ist von ihrer gesellschaftlichen Aufgabe her, die Partei des Klassenfeindes, die Grünen wissen nichts davon, dass es eine arbeitende Klasse gibt, die FPÖ ahnt es inzwischen schon und ist vermutlich dadurch in der Steiermark zur stärksten Partei geworden: da in der steirischen Landes- und Gemeindepolitik auch die Kommunisten aktiv und mit ihren Ansichten wahrnehmbar sind, hat die FPÖ dort im Nationalratswahlkampf versucht, sich entsprechend bemerkbar zu machen. Was man auch im Wahlergebnis sieht. Wegen der Aussichtslosigkeit, dass die KPÖ die Hürde für den Nationalrat schafft, wählten Wähler, die bei den Landtags- oder Gemeinderatswahlen KPÖ gewählt haben, oft FPÖ, weil diese den Eindruck hervorzurufen versuchte, für die Interessen der arbeitenden Menschen einzutreten. In Graz sind z.B. vier Fünftel KPÖ-Wähler der letzten Gemeinderatswahl offenbar bei der Nationalratswahl zum Teil zu den Grünen und zum Teil zur FPÖ abgewandert.

In Österreich haben nur einzelne Teile der Bevölkerung ihre Interessensvertretungen. Die ÖVP vertritt wie eh und je mit christlicher Entschlossenheit unbeirrbar und ausschließlich die Interessen des Finanzkapitals, der Banken, Konzerne, Großagrarien, Manager und Hofräte, die Grünen vertreten die Interessen obdachloser alleinerziehender Rollstuhlfahrer mit Migrationshintergrund, die FPÖ-Burschenschaftler setzen sich fürs deutsche Volk ein und gewinnen eher zufällig Stimmen von frustrierten Protestwählern, die SPÖ wirft sich scheinbar für Sachen auf die Schienen, die man danach nie ernsthaft und konsequent in Angriff nimmt. Bloß die paar Millionen Leute in unserem Lande, die mit ihrer tagtäglichen Arbeit das Werkkl laufen lassen und den Ausbeutern den Mehrwert liefern, die haben keine Partei. Für diese Menschen gibt es schon seit zwanzig Jahren keine realen Erhöhungen ihrer Nettoeinkünfte mehr, dafür aber eine ständig steigende Verschärfung der Ausbeutung. **Das ist allen Politikern sowas von wurscht, dass sie diese Veränderungen noch nicht einmal bemerkt haben.**

Wenn das die FPÖler irgendwann tatsächlich bemerken sollten und dann der ohnehin schon laufende Trend, dass Arbeiter und kleine Angestellte ihre Proteststimmen den Freiheitlichen geben, durch entsprechende Agitation verstärkt wird und damit speziell auch die zahllosen Nichtwähler⁴ aus der Klasse der Werkstätigen mangels erkennbarer anderer Alternativen zur Stimmabgabe für die FPÖ verleitet werden, so wird das zwar diesen Wählern nichts bringen, aber der FPÖ wahrscheinlich die Position der stärksten Partei. Und wenn es in Europa mit den Verschleuderungen öffentlicher Gelder an Banken und die durch die Euro-Fehlkonstruktion bankrotten Staaten weitergeht und dadurch die Welt der längst zum Kleinbürgertum tendierenden unselbstständig Erwerbstätigen noch mehr und noch nachhaltiger geschädigt wird als es bisher schon geschehen ist, dann haben wir wahrscheinlich in vielen Staaten einen Rechtstrend, der nicht mehr zu stoppen ist.

Und das nicht, weil plötzlich Menschenmassen von einem Extremismusvirus befallen werden, sondern weil einfach irgendwann die Grenzen überschritten sein werden: Ständig erhöhter Arbeitsdruck, ständige Wegreformierungen im Sozialstaat, keine Erhöhung der Reallöhne mehr, dafür immer öfters Nettoeinkommensverluste, Enteignung der Spareinlagen durch Negativzinsen⁵. Die heutige Arbeiterklasse hat mehr zu verlieren als ihre Ketten! Und das wird den gescheiterten Vertretern ihrer Interesse sicherlich einmal noch mehr wehtun als es jetzt schon tut, wo bei der Bevölkerung die SPÖ nur eine vage Zustimmung 19,71 und die Grünen von 9,13 % haben. Der betroffene Bevölkerungsteil liegt aber über 70 %.

Weil wenn sich die ganze Welt nur noch um den Profit dreht und der Profit mittels Spekulationen vernichtet wird, während die Menschen, die den Mehrwert und den Profit im wirklichen Sinn des Wortes mit ihren Händen erarbeiten, wie in den USA nicht einmal mehr eine funktionsfähige organisierte Interessenvertretung haben, dann wird es irgendwann einmal krachen. Und wenn es dann die Rechten krachen lassen, dann sind daran alleine und ausschließlich die Linken schuld, die nimmer wissen, wofür die Linke einst da war: nämlich nicht nur für abgeschrägte Gehsteigkanten, Wohnheime für obdachlose Alkoholiker, tröstende Worte für Pensionskürzungen, sondern für die breite Masse der Werkstätigen. Und wenn sich diese Massen von Menschen als verraten, verkauft und alleingelassen sehen, dann ist eben für sie das Nächstbeste das Beste, auch wenn das die Rechtspopulisten sind, weil diese Massen von Menschen von SPÖ und Grünen nichts mehr erwarten und auch kaum was erwarten können. Erwarten können sie von der FPÖ auch nichts, aber ihre Wut können sie durch FPÖ-Wählen hinauslassen.

Die übliche Reaktion aus den linken und pseudolinken Kreisen auf solche Entwicklungen sind immer auf dem Niveau der Agitationsparodie von Dieter Süverkrüp, der vor fast 50 Jahren in seinem Song "Die Kunst, Andersmeinende für den Sozialismus zu gewinnen" das so darstellte: *Agitation für einen Hüttenarbeiter, Voraussetzung eins: "Ignorieren, was der Mann denkt, weil es ist sowieso falsch, hier setzen wir an mit Aufklärungsarbeit, damit er erfährt, was wirklich los ist, wie kann er das erfahren? Wir sagen es ihm einfach einmal"*. Und wenn er's dann nicht glaubt, ist er ein Feind. Wer in seinem Frust, in seiner Verzweiflung FPÖ wählt, der muss bekämpft werden, weil der ist ganz allein selber schuld. Schließlich hat man ihm ja gesagt, das man das nicht tut!

Das politische Elend in Österreich ist eine Folge der Globalisierung, aber auch ein selbsterzeugtes. Erzeugt durch die reale Kapitulation vorm Kapitalismus, durch den darauffolgenden politischen Verrat an der großen Mehrheit der Bevölkerung. Wenn die FPÖ noch stärker werden wird, wird das kein "Verdienst" der FPÖ, sondern ein "Verdienst" der Ignoranz der politischen Linken sein.

Erwin Peterseil, frustrierter Alt-68er und aggressiver Krawallatheist

⁴ bei der aktuellen NRW ist es der SPÖ gelungen, 174.000 ihrer Wähler von 2008 in den Nichtwählerwald zu schicken!

⁵ Sparsbuchzinsen deutlich unter der Inflation, sogar beim berühmten Bausparen bekommt man jetzt trotz staatlicher Prämien nach sechs Jahren - an der Kaufkraft gemessen - weniger heraus als man eingezahlt hat